

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

II. Quartal 2005

Abgeschlossen am 7. Juli 2005. • E-Mail Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Nach der Ablehnung der Europäischen Verfassung durch die französische und die niederländische Bevölkerung ist die weitere Vorgangsweise in der Europäischen Union unklar. In einigen Ländern schreitet der Ratifizierungsprozess fort. Die Entscheidung über das Budget der EU für die Jahre 2007 bis 2013 scheitert an den Auseinandersetzungen zwischen Großbritannien und Frankreich über die Agrar-subsidien an Frankreich und den "Brittenrabatt". Die G 8 beschließen einen Schuldenerlass für einige hochverschuldete Entwicklungsländer.

6. April: Der Senat des italienischen Parlaments ratifiziert die Europäische Verfassung.

17. April: Anlässlich der Frühjahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank konstatieren die Finanzminister und Notenbankpräsidenten einen weiterhin robusten Verlauf der Weltkonjunktur. Die beträchtliche Erdölverteuerung sowie das wachsende wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern bilden jedoch ein zunehmendes Risiko. Eine Einigung über einen Schuldenerlasses für die "ärmsten" Länder kommt nicht zustande. Japan und die USA lehnen den Vorschlag einer Besteuerung des internationalen Flugverkehrs zur Finanzierung von Entwicklungshilfe ab. Hingegen findet die Idee, Massenerkrankungen wie AIDS, Malaria und Tuberkulose über eine kapitalmarktorientierte Finanzierung zu bekämpfen, Zustimmung. Dabei soll den Pharmakonzernen für die Entwicklung von Impfstoffen eine Abnahmegarantie gewährt werden.

Aufgrund der Auseinandersetzungen zwischen den USA und China über die Bindung des Yuan an den Dollar nimmt China am Treffen der G 7 (USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Kanada) nicht teil – bei den zwei vorangegangenen Treffen hatte China Beobachterstatus.

19. April: Das griechische Parlament ratifiziert die Europäische Verfassung.

22. April: Die Verkehrsminister der EU einigen sich, dass Österreich die Lkw-Maut auf der Brenner-Autobahn nicht senken muss. Nach geltendem EU-Recht wäre eine Herabsetzung um 40% nötig gewesen.

28. April: Senat und Kammer (19. Mai) des belgischen Parlaments ratifizieren die Europäische Verfassung.

Nach dem positiven Ergebnis des Referendums vom Februar ratifizieren Kongress und Senat des spanischen Parlaments die Europäische Verfassung.

3. Mai: Die Notenbank der USA erhöht die Leitzinsen um 25 Basispunkte. Die Federal Funds Rate beträgt 3%, die Discount Rate 4%.

11. Mai: Das Parlament der Slowakei ratifiziert die Europäische Verfassung.

Ausland

Europäische Verfassung:
Italien

Frühjahrestagung
IWF und Weltbank

G 7: China

Europäische Verfassung:
Griechenland

Lkw-Maut auf der
Brenner-Autobahn

Europäische Verfassung:
Belgien, Spanien

Fed: Leitzinsenerhöhung

Europäische Verfassung:
Slowakei

Europäische Verfassung:
Deutschland

12. Mai: Der deutsche Bundestag und der Bundesrat (27. Mai) ratifizieren die Europäische Verfassung.

Finanzierung von
Entwicklungshilfe

16. Mai: Bei einem informellen Econfin-Treffen beschließen die Finanzminister der 25 EU-Länder, den Mitgliedsländern die Einführung eines "freiwilligen Zuschlags" auf Flugtickets zur Finanzierung von Entwicklungshilfe vorzuschlagen. Dabei ist unklar, ob die "Freiwilligkeit" Passagiere, Airlines und/oder Mitgliedstaaten betrifft. Der Zuschlag soll zwischen 1 € und 2 € je Ticket betragen.

Yuan: Bindung an Dollarkurs

18. Mai: Der Schatzsekretär der USA, John Snow, fordert China auf, die Bindung des Yuan an den Dollarkurs aufzugeben. Die dadurch entstandene Verzerrung der Wechselkursrelation sei mit Schuld an dem hohen Leistungsbilanzdefizit der USA gegenüber China.

Deutschland: Offenlegung
von Managergehältern

Die deutsche Regierung beschließt einen Gesetzesentwurf zur Offenlegung von Managergehältern. Rund 1.000 börsennotierte Aktiengesellschaften müssen in ihrem Geschäftsbericht 2007 die Gehälter und die Pensionsansprüche sowie Nebenleistungen der Vorstandsmitglieder ausweisen.

EBRD

23. Mai: Die European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) erhält anlässlich der Jahrestagung in Belgrad den Auftrag, ihre Tätigkeit von Ost-Mitteleuropa weg in die ehemaligen Sowjetrepubliken und in die Mongolei zu verlagern, da die neuen EU-Länder ihren Transformationsprozess abgeschlossen haben. Die Bank wird sich vermehrt mit Entwicklungshilfe beschäftigen. Das neue Geschäftsmodell sieht kleinere Finanzierungsprojekte vor, die jedoch mehr Vorbereitungs- und Kontrollarbeit erfordert. Finanzminister Karl-Heinz Grasser verweist als Vorsitzender des Gouverneursrates auf das höhere Risiko und die höheren Projektkosten und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Rentabilität der Bank.

Baku-Tbilissi-Ceyhan-Pipeline

25. Mai: Die Baku-Tbilissi-Ceyhan-Pipeline (BTC; <http://www.caspiandevlopmentandexport.com/ASP/BTC.asp>) wird eröffnet. Über eine Länge von 1.760 km verbindet diese Rohrleitung das Kaspische Meer mit dem Mittelmeer. Die Kapazität beträgt 1 Mio. Barrel pro Tag, kann jedoch bei Bedarf auf 1,8 Mio. Barrel gesteigert werden.

Europäische Verfassung:
Frankreich

29. Mai: In Frankreich wird die Europäische Verfassung von 54,87% der Wähler abgelehnt. Die Wahlbeteiligung liegt bei knapp 70%. Da alle 25 EU-Staaten die Verfassung ratifizieren müssten, gilt dieses europäische Projekt vorerst als gescheitert.

Europäische Verfassung:
Niederlande

2. Juni: Die Niederländer stimmen in einer Volksabstimmung mit 62,5% gegen die Europäische Verfassung (Wahlbeteiligung 63%).

Europäische Verfassung:
Lettland

Das Parlament Lettlands ratifiziert die europäische Verfassung.

Weltbankpräsident

Paul Wolfowitz, ehemaliger Vizeverteidigungsminister der USA, folgt James Wolfensohn als Weltbankpräsident nach.

Schweiz: Abstimmung über
Schengen-Abkommen

5. Juni: In der Schweiz stimmen 54,6% der Wähler dafür, ab 2008 zum Geltungsbereich des Übereinkommens von Schengen zu gehören.

G 8: Schuldenerlass für
Entwicklungsländer

12. Juni: Die Finanzminister der G 8 (USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Russland) einigen sich auf einen Schuldenerlass für 18 "Highly Indepted Poor Countries" (HIPC) – vorwiegend afrikanische Staaten. Diesen Ländern werden die langfristigen Kredite und Zinszahlungen gegenüber multilateralen Organisationen wie der Weltbank, dem IWF und der Afrikanischen Entwicklungsbank (ADB) im Umfang von 40 Mrd. \$ erlassen. Der tatsächliche Gegenwartswert der erlassenen Schulden liegt bei 18 Mrd. \$.

HVB: Übernahme durch
Unicredit-Gruppe

Der Aufsichtsrat der Münchner Hypo Vereinsbank (HVB) billigt die Übernahme durch die italienische Unicredit-Gruppe. Das neue Bankinstitut wird mit 7.000 Filialen in 19 Ländern 28 Mio. Kunden erreichen.

16.-17. Juni: Der Gipfel des Europäischen Rates in Brüssel sollte eine Entscheidung über den Haushalt der EU 2007/2013 bringen, es wird jedoch keine Einigung erzielt.

Auch die weitere Vorgangsweise bezüglich der Ratifikation der Europäischen Verfassung nach der Ablehnung durch Frankreich und die Niederlande bleibt unklar. Dieses Thema wird in der Schlusserklärung nicht erwähnt. Der Ratifikationsprozess soll weiter voranschreiten. Allerdings haben die Regierungen Tschechiens, Dänemarks, Polens, Portugals und Großbritanniens mittlerweile angekündigt, die hier vorgesehenen Referenden zu verschieben.

30. Juni: Die Notenbank der USA erhöht die Leitzinsen um 25 Basispunkte. Die Federal Funds Rate beträgt 3,25%, die Discount Rate 4,25%.

Das Parlament Zyperns ratifiziert die Europäische Verfassung.

Europäischer Rat in Brüssel

Fed: Leitzinsenerhöhung

Europäische Verfassung:
Zypern

Am 1. Mai formulieren Regierung, Sozialpartner, Opposition und Experten in einem "Reformdialog" ein 10-Punkte-Programm zur Steigerung von Wachstum und Beschäftigung. Kurz darauf werden auf einem Infrastrukturgipfel die Projekte, ihr Investitionsvolumen und ihre Wirksamkeit vorgestellt. – Der Börsengang von Raiffeisen International gehört zu den bisher größten in Österreich.

22. April: Der Börsengang der Raiffeisen International Bank-Holding AG (Raiffeisen International) ist mit einem Volumen von 1,11 Mrd. € der größte in der Geschichte Österreichs. Die RZB bleibt mit 70% Mehrheitseigentümerin der Raiffeisen International. 30% der Aktien befinden sich im Streubesitz; die zwei im Jahr 2004 eingetretenen Partner International Finance Corporation (IFC) und Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) halten weiterhin je rund 3%.

Raiffeisen International:
Börsengang

1. Mai: Auf Einladung des Bundeskanzlers treffen Vertreter der Regierung, der Sozialpartner, der Opposition sowie Experten und Unternehmer zu einem "Reformdialog für Wachstum und Beschäftigung" zusammen. Ein Maßnahmenkatalog wird erstellt:

Reformdialog für Wachstum
und Beschäftigung

1. **Infrastrukturoffensive:** Für Investitionen in das hochrangige Straßen- und Bahnnetz werden 300 Mio. € bereitgestellt. Asfinag und ÖBB werden diese Mittel für die Verbesserung der Verkehrswege nach Ost-Mitteleuropa verwenden.
2. **Forschungsoffensive:** Österreich will die Forschungs- und Entwicklungsquote bis zum Jahr 2010 von bisher 2,27% (2004) auf 3% des BIP anheben. Die Begebung einer Anleihe für diesen Zeitraum soll 1 Mrd. € erbringen. Eine Mittelstandsoffensive soll Auftragsforschung steuerlich begünstigen – Klein- und Mittelunternehmen können in Zukunft einen Forschungsfreibetrag oder eine Forschungsprämie für Auftragsforschung geltend machen (Volumen rund 300 Mio. €).
3. **Verfahrensoffensive:** Ein Verfahrenbeschleunigungsgesetz soll eine raschere Umsetzung von Investitionen ermöglichen (z. B. Kraftwerksprojekte, Ökostromprojekte usw.; Volumen von 6,2 Mrd. €). Das vereinfachte Genehmigungsverfahren der Gewerbeordnung soll von einer Betriebsfläche von bisher 300 m² auf 600 m² bis 800 m² ausgedehnt werden. Kriterien, nach denen eine anlagenrechtliche Bewilligung entfallen könnte, sollen entwickelt werden.
4. **Breitbandoffensive:** Die Schaffung von Breitbandinternetanschlüssen soll in ländlichen Regionen offensiv fortgesetzt werden. Der Bund wird dafür zusätzlich 10 Mio. € bereitstellen, die Länder sollen sich in gleicher Höhe beteiligen.
5. **"Genehmigungsboom Ökostrom":** Durch die Verlängerung der Frist für die verpflichtende erstmalige Einspeisung von Ökostrom aus bereits genehmigten Anlagen um 1½ Jahre bis zum 31. Dezember 2007 sollen bis zu 3.000 Arbeitsplätze gesichert werden.
6. **Offensive Flexibilisierung der Arbeitszeit:** Die weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit auf Kollektivvertragsebene soll verstärkt werden, um Österreichs Standortqualität weiter zu verbessern.

7. Qualifikationsoffensive: Das Arbeitsmarktservice, Schulen und außerschulische Bildungseinrichtungen sollen bedarfsgerechte Ausbildungsmodulare anbieten. Dem Nachholen des Hauptschulabschlusses soll besonderes Augenmerk geschenkt werden.
8. Lehrlingsoffensive: Das AMS soll künftig jene Betriebe mit einem "Blum-Bonus" (400 € pro Monat und Lehrling im 1. Lehrjahr) fördern, die zusätzliche Lehrstellen vor allem in innovativen Lehrberufen anbieten. Die Bundesregierung sagt jedem Jugendlichen, der bis zum Herbst 2005 keine Lehrstelle findet, einen Lehrplatz zu.
9. Offensive gegen illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit: Die Bundesregierung plant zur Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit und Schwarzarbeit eine Betrugsbekämpfungseinheit mit rund 200 Bediensteten. Die Befugnisse der Kontroll-einheiten sollen erweitert und die Strafen erhöht werden.
10. Fortsetzung der Internationalisierungsoffensive: Die Internationalisierungsoffensive "go international" (<http://www.go-international.at/downloads/Massnahmen.pdf>) wird weitergeführt, um weitere Betriebe zum Export zu motivieren und damit zur Stärkung des österreichischen Außenhandels beizutragen.

Europäische Verfassung

11. Mai: Nationalrat und Bundesrat (25. Mai) ratifizieren die Europäische Verfassung.

Infrastrukturgipfel

19. Mai: Die Bundesregierung informiert die Sozialpartner sowie Experten anlässlich eines Infrastrukturgipfels über ihre Vorhaben. Um die Forschungs- und Entwicklungsquote wie geplant bis 2010 zu erhöhen, werden in diesem Zeitraum 1 Mrd. € für die direkte und 300 Mio. € für die indirekte Forschungsförderung zur Verfügung gestellt. Die Forschungsquote soll so 2005 auf 2,37% und 2006 auf 2,38% gesteigert werden. Daraus erwartet die Bundesregierung die Schaffung von 650 zusätzlichen Arbeitsplätzen im Jahr 2005 und 975 Stellen 2006. Langfristig sollen durch diese Mittel 6.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

Eine Breitbandinitiative in den Bundesländern soll die Versorgung mit dieser Technologie verbessern. Das Infrastruktursfortprogramm, wonach die Investitionen noch 2005 und 2006 um 10% gesteigert werden sollen, umfasst 150 Mio. € für den Straßenbau und 150 Mio. € für das Schienennetz. Betroffen sind Straßenbauprojekte des Lärmschutzes, der Tunnelsicherheit und der Erhaltung und Erstellung von Autobahnanschlussstellen. Die Investitionen in den Schienenverkehr dienen der Verbesserung der Schieneninfrastruktur, der Hebung der Betriebssicherheit sowie für Maßnahmen mit direktem Kundennutzen.